



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 1. Juli 2009

Aus Berlin

Gesundheitsversorgung für Kinder muss sich verbessern

Die Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung sowie physischer und psychischer Gewalt sind ein zentrales Gesundheitsproblem in Deutschland, hat der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR-G), Eberhard Wille, bekanntgegeben. Die Kinderarmut ist nach dem aktuellen SVR-G-Gutachten mit dem Titel „Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens“ ein wichtiger Grund für gesundheitliche Probleme. Weiter kritisieren Experten die Arzneimittelversorgung für Kinder. Auch bei der Gesundheitsversorgung des immer wachsenden Anteils chronisch kranker Menschen gebe es kaum Leitlinien, sagte Wille. Ein weiteres Kernproblem ist die unerwünschte Wirkung von Medikamenten. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat sich für das nach Altersstufen und Lebenszyklen ausdifferenzierte Gutachten bedankt: „Die Analysen und Empfehlungen des Rates werden uns helfen, das Gesundheitssystem besser auf die Bedürfnisse aller Generationen auszurichten.“ ([Pressemitteilung des BGM, 30. Juni](#), Agenturmeldung, 30. Juni)

Patientenrechtengesetz soll Gesundheitssystem verbessern

Ein Gesetz soll die Rechte der Patienten zusammenführen und für Gerechtigkeit sorgen, wenn Patienten Opfer von medizinischen Fehlern geworden sind. So hat die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patienten, Helga Kühn-Mengel, die Relevanz eines Patientenrechtgesetzes kommentiert. „So müssen geschädigte Patienten schneller, als dies bisher oftmals geschieht, Schadenersatz und Schmerzensgeld erhalten können“, sagte Kühn-Mengel weiter. Die Eckpunkte des neuen Gesetzes beschloss die Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz von Kühn-Mengel. Im Gegenzug kritisierte der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, diese Vorarbeiten in der SPD für ein Patientenrechtgesetz: „Es ist an Heuchelei kaum zu überbieten, einerseits eine fachgerechte Behandlung nach wissenschaftlich anerkanntem Qualitätsstandard festschreiben zu wollen, andererseits aber die dafür notwendigen Finanzmittel immer weiter zu begrenzen. Solche Vorstöße für ein Patientenrechtgesetz sollen lediglich die täglich stattfindende Rationierung medizinischer Leistungen vertuschen“, sagte Montgomery. ([Pressemitteilung des BMG, 30. Juni](#), [Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 30. Juni](#))

Aus KBV und KVen

Kassenärztliche Vereinigungen sind wichtigste Informationsquelle für Ärzte

Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) haben sich beim Thema Qualitätsmanagement (QM) mit ihren Informations- und Serviceangeboten erfolgreich als Dienstleister für die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten etabliert. Dies zeigt die aktuelle Studie „Qualitätsmanagement in der ärztlichen Praxis 2009“ der Stiftung Gesundheit. Bei der Frage nach der Wertschätzung der Informationsquellen zu QM lagen in diesem Jahr die KVen vorne. So nannten 42 Prozent der Befragten die KVen als „wichtigste Informationsquelle“. „Diese Wertschätzung der Servicequalität der KVen durch die Ärzte freut mich sehr“, erklärte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV. Wie die Studie zeigt, ist QM weitgehend akzeptiert. Ein weiterer Schwerpunkt der diesjährigen Studie war das Thema „Fehler und Fehlervermeidung“. 94,3 Prozent der Niedergelassenen waren bereit, dazu Auskunft zu geben. „Diese erfreuliche Offenheit gegenüber den eigenen Fehlern gibt uns eine weitere Bestätigung, dass die Ärzte und Psychotherapeuten das QM auch als Möglichkeit zur kritischen Selbstüberprüfung und zum Lernen akzeptieren“, so Köhler. ([KBV-Pressemitteilung, 29. Juni](#))

„Wir sprechen Vorstand und Vertreterversammlung in Bayern unsere Unterstützung aus“

„Wir sprechen dem Vorstand und der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns unsere Unterstützung aus.“ Diese Solidaritätserklärung gaben am 25. Juni in Berlin gemeinsam die Vorstände der 16 Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und der KBV ab.

„Mit Entschiedenheit wenden wir uns gegen die Versuche des Bayerischen Hausärzterverbandes (BHÄV), den Vorstand und die Vertreterversammlung der KV im Freistaat mit Stimmungsmache und Desinformation unter Druck zu setzen und die Absetzung zu erzwingen. Deshalb appellieren wir an das Bayerische Gesundheitsministerium und an Staatsminister Dr. Markus Söder, sich mit der gebotenen Klarheit hinter die KV Bayerns zu stellen. Jede Gruppierung und jeder Verband kann für seine Meinung bei den Ärzten und Psychotherapeuten werben, um bei den nächsten Wahlen zur ärztlichen Selbstverwaltung Stimmen zu gewinnen. Das ist gelebte Demokratie. Es kann und darf aber nicht sein, dass gewählte Gremien unter Druck gesetzt werden, weil sie sich nicht so verhalten, wie es sich ein einzelner Verband wünscht. Das ist zutiefst undemokratisch“, so die Vorstände. ([KBV-Pressemitteilung der , 25. Juni](#))

www.patienten-beraten.de – die neue Adresse im Internet

Die gemeinsame Bürgerinformation der Ärztekammer (ÄKWL) und der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) ist ab sofort unter der neuen Internetadresse www.patienten-beraten.de erreichbar. Für Patienten und Bürger ist sie hilfreich bei der Suche nach Ärzten oder medizinischen Antworten. Auf den neuen Internetseiten der Bürgerinformation finden Interessierte nun das umfassende Angebot zu allen Fragen rund um die gesundheitliche Versorgung. Die Inhalte umfassen auch Verknüpfungen zu zentralen Angeboten von ÄKWL und KVWL, wie die Arztsuche nach frei wählbaren Kritikern. Natürlich bleibt der persönliche Service am Telefon der Bürgerinformation auch weiterhin erhalten. ([Gemeinsame Pressemitteilung der ÄKWL und der KVWL, 1. Juli](#))

Berufsverband, AOK Bayern und KV Bayerns vereint im Kinderarztvertrag

In der vergangenen Woche hat die AOK Bayern mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) einen Vertrag zur pädiatriezentrierten Versorgung unterzeichnet. Die Abrechnung der in diesem Rahmen erbrachten Leistungen erfolgt über die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB). In dem Kinderarztvertrag zwischen BVKJ und der AOK findet keine Bereinigung der Gesamtvergütung statt. Dank einer Übergangslösung ist bis zur rechtssicheren Durchführung der Bereinigung gewährleistet, dass die AOK keine mehrfachen Zahlungen leistet und die Kinder- und Jugendärzte die Vergütung aus dem geschlossenen Vertrag erhalten. ([Gemeinsame Presseinformation des BVKJ und der KVB, 1. Juli](#))

Die Kassenärztliche Vereinigung bietet neuen Online-Service

Für die Mitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) gibt es ab heute einen zugangsgesicherten Mitgliederbereich. Den niedergelassenen Ärzten und

Psychotherapeuten werden darin verschiedene Dienste der KVBW, beispielsweise die Einreichung der Honorarabrechnung, online geboten. Darüber hinaus stehen in dem Portal Dokumente mit betriebswirtschaftlichen Praxiskennzahlen, wie Statistiken zur Verteilung der Patienten nach bestimmten Kriterien, zur Verfügung. Nach erfolgreicher Authentifizierung bei der KVBW erhält jedes angemeldete Mitglied seinen persönlichen Zugangscodex zu dem Portal und kann auf die ihn persönlich betreffenden Daten und freigegebenen Anwendungen zugreifen. ([Pressemitteilungen der KVBW, 1.Juli](#))

KV Hessen kritisiert Medienberichte

Mit scharfer Kritik hat der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hessen am 25. Juni auf die Medienberichterstattung um betrügerische hessische Ärzte reagiert. Fast alle in Hessen niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten rechnen korrekt ab und haben mit Betrug nichts zu tun, teilte der Vorstand der KV Hessen, Dr. Margita Bert und Dr. Gerd W. Zimmermann mit: „Der Generalverdacht, unter den unsere Berufsgruppe immer wieder gestellt wird, ist unerträglich.“ Der KV-Vorstand bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen Fehlverhalten im Gesundheitswesen. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 25. Juni](#))

Akute psychische Störungen bei Kindern frühzeitig behandeln

Psychisch kranke Menschen müssen in Deutschland häufig Monate auf ein erstes diagnostisches Gespräch warten. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen aber bei akuten psychischen Problemen die schnelle Hilfe eines Arztes oder Psychotherapeuten. Die Gmünder Ersatzkasse GEK und die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) haben deshalb die Förderung der gezielten Krisenintervention vereinbart. Demnach erhalten Therapeuten ab Juli 2009 einen zusätzlichen Anreiz für die Behandlung von Patienten unter 19 Jahren.

Die GEK und die KV haben einen Vertrag geschlossen, der die spezielle Förderung einer frühzeitigen Krisenintervention bei Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahren sowie erste, sogenannte probatorische Sitzungen vorsieht. Die Therapeuten erhalten eine höhere Vergütung, wenn sie zusätzliche Patienten behandeln. Dr. Rolf-Ulrich Schlenker, Vorstandsvorsitzender der GEK, und Dr. Ulrich Thamer, erster Vorsitzender der KVWL, sind überzeugt, dass mit dieser altersbegrenzten Förderung Kindern und Jugendlichen schnell und gezielt geholfen werden kann. ([Pressemitteilung der KVWL, 25. Juni](#))

Aus den Verbänden

Insulinanalogon Glargin steigert möglicherweise das Krebsrisiko

Wenn Patienten mit Diabetes anstelle von Humaninsulin das langwirksame Analoginsulin Glargin verwenden, erhöht dies möglicherweise das Risiko, an Krebs zu erkranken. Darauf weisen Wissenschaftler des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) zusammen mit Mitarbeitern des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) hin. Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass die mit Glargin behandelten Patienten häufiger an Krebs erkrankten als diejenigen, denen eine vergleichbare Dosis Humaninsulin verordnet wurde. „Unsere Auswertung ist zwar kein eindeutiger Beweis, dass Glargin Krebs fördert“, sagt Prof. Peter Sawicki, Leiter des IQWiG und Mitautor der Studie. Sie weckt jedoch den Verdacht von Folgen bei der Behandlung für den Patienten, so Sawicki. Laut der Studie lässt Glargin normale Zellen nicht zu Krebszellen werden, möglicherweise regt es jedoch stärker als andere Insuline das Wachstum von bereits vorhandenen Krebszellen an. Zudem steigt offenbar mit der Erhöhung der Dosis von Glargin das Risiko einer Krebserkrankung. Beunruhigend ist ebenso, dass zwei weitere Studien, eine mit Glargin verbundene Erhöhung des Krebsrisikos beschreiben. Insgesamt sollte nach Einschätzung des IQWiG Glargin nur bei besonders wichtigen Gründen eingesetzt werden, bis eine verlässliche Studie die Sicherheit des Medikaments belegt. ([Pressemitteilung des IQWiG, 26. Juni](#))

Hausärzte: Kassen blockieren Hausarztzentrierte Versorgung

Nur wenige Krankenkassen haben fristgerecht einen Hausarztvertrag gemäß § 73b SGB V für die Versorgung ihrer Versicherten abgeschlossen. Bis zum 30.06.2009 hatte der Gesetzgeber allen Krankenkassen Zeit gegeben, dies zu tun. Lediglich die AOK Bayern, die AOK Baden-Württemberg sowie viele Betriebskrankenkassen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sind diesem

Auftrag bis jetzt gefolgt. Die Landesverbände des Deutschen Hausärztesverbandes haben die gesetzlich vorgesehenen Schiedsverfahren gegen die übrigen Kassen eingeleitet. Viele Kassen sehen in Hausärztesverträgen keine Verbesserung der Versorgung. Außerdem kritisieren sie die gesetzlich vorgegebene Monopolstellung des Deutschen Hausärztesverbandes. (Aktuelle Berichterstattung)

Die ersten Arzneimittelhersteller lenken bei „Generika“-Abschlag ein

Seit April 2006 steht den Krankenkassen laut Gesetz ein Abschlag in Höhe von zehn Prozent des Herstellerabgabepreises für patentfreie, wirkstoffgleiche Arzneimittel zu (§ 130a Abs. 3b SGB V). Wie der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) mitteilte, sind den Kassen bisher durch fehlerhafte Kennzeichnung der pharmazeutischen Unternehmer geschätzte 250 Millionen Euro an Abschlägen entgangen. Dieses Geld fehle erst der GKV und dann letztlich auch den Beitragszahlern. „In der Auseinandersetzung um die Anwendbarkeit des sogenannten Generika-Abschlages haben sich jetzt die ersten vier Hersteller zur Zahlung an die Krankenkassen bereit erklärt“, so Johann-Magnus v. Stackelberg, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des GKV-Spitzenverbandes. Auf der Grundlage eines mit den Verbänden der pharmazeutischen Unternehmer und Apotheker konsentierten Leitfadens, der die Kriterien zur Abschlagsbefreiung nach den gesetzlichen Vorschriften klar abgrenzt, hat der GKV-Spitzenverband eine systematische Überprüfung aller jener von den Herstellern als abschlagsbefreit gekennzeichneten Arzneimitteln eingeleitet. ([Pressemitteilung des GKV Spitzenverbandes, 25. Juni](#))

Aus der Welt

Vorabgenehmigung der Kasse für Zahnersatzbehandlung im EU-Ausland

Für die Bezahlung einer Zahnersatzbehandlung im Ausland muss vorher eine Heil- und Kostenplangenehmigung der Krankenkasse vorliegen, bestätigt das Bundessozialgericht mit seiner Entscheidung vom 30. Juni. Damit entschied das Gericht gegen die Revision einer baden-württembergischen Frau, die die Kosten für eine in Tschechien vorgenommene Behandlung von der AOK erstattet bekommen haben wollte. Die Vorabgenehmigung verstoße nicht gegen das geltende Europarecht, einigten sich die Kasseler Richter. (Agenturmeldung)

Außerdem

Preisträger für vorbildliche Suchtprävention für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet

Zehn Kommunen wurden am 30. Juni für ihre vorbildlichen Beiträge in der kommunalen Suchtprävention ausgezeichnet. Die Preise haben Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing und die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Prof. Elisabeth Pott verliehen. Die Preisübergabe war der Abschluss des vierten bundesweiten Wettbewerbs zur Kommunalen Suchtprävention, der in diesem Jahr die „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ zum Thema hatte. Zusätzlich hat die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen einen Sonderpreis für innovative Konzepte gegen das „Binge-Drinking bei Jugendlichen“ vergeben. ([Gemeinsame Pressemitteilung des BMG, der Drogenbeauftragten und der BZgA, 30. Juni](#))

"IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung"

„Wir haben in den vergangenen Monaten durch unsere zahlreichen Projekte und Aktionen viele Menschen zu einem gesünderen Lebensstil motivieren können“, sagten die Bundesministerinnen Ilse Aigner und Ulla Schmidt anlässlich des 1. Jahrestags des Nationalen Aktionsplans "IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung". Ziel ist die Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängender Krankheiten. Die Initiative ist bis zum Jahr 2020 angelegt. Um den Menschen eine gesunde Verpflegung in dem Umfeld zu erleichtern, in dem sie sich aufhalten, erarbeitet die Deutsche Gesellschaft für Ernährung Qualitätsstandards für die Außer-Haus-Verpflegung.“ ([Pressemitteilung des BMG, 25. Juni](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 4,3 Millionen

Rund 4,3 Millionen Beschäftigte arbeiteten 2006 im Gesundheitswesen. Damit ist das Gesundheitswesen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. (Heft der Gesundheitsberichterstattung, Robert-Koch-Institut, 30. Juni)

Aus dem Terminkalender

- | | |
|-------------|---|
| 01.07.2009 | Fachtagung: Politische Herausforderung zum Umgang mit Patienteninformationen
Berlin |
| 03-04.07.09 | 5. Interdisziplinärer Krebskongress "Urologische Tumoren": Neue Wunderwaffen in der Krebsmedizin? Was können Krebskranke gegen ihre Erkrankung tun?
Berlin |
| 06.07.2009 | Spreestadt-Forum: Lebensstile und Milieus – Einflüsse auf die Gesundheit
Berlin, 18 Uhr |
| 13.07.2009 | Spreestadt-Forum: Technik und Alter
Berlin, 18 Uhr |
| 14.07.2009 | 4. Medizinkongress: Psychische Erkrankungen bei Kindern und älteren Menschen
Berlin, 10:30 Uhr |
| 22.07.2009 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr |

Aus der Presse

Ärzteschaft ÄZQ mit neuem Newsletter

Berlin – Das Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) hat im Auftrag der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) einen neuen Informationsdienst entwickelt. „ÄZQ info“ richtet sich an Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) sowie an niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten. Der Newsletter fasst praktisch nutzbare Informationen aus den Bereichen Leitlinien, Patienteninformationen, Patientensicherheit, Qualitätsindikatoren und Qualität in der Medizin zusammen. Die erste Ausgabe ist ab sofort im Internet abrufbar (Deutsches Ärzteblatt online, 29.Juni)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: ivelikova@kbv.de, sschramm@kbv.de

Der KBV-Kompakt hat seinen Redaktionsschluss jeweils mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>